

Kohle in Beschäftigung und neue Energien umwandeln

Inhalt

Vorwort	3
DIE LINKE Position im Überblick	4
Energiepolitik in der Sackgasse	6
Der Kohleausstieg kommt	9
Kohle schafft keine neue Arbeit	14
Der Fall RAG	18
Kohle und Klimaschutz	21
Keine saubere Kohle in Sicht	23
Der Preis des Kohlestroms	24
Kohleabbau verändert Lebensräume	26
Beschäftigung durch neue Energien	28
Impressum	32

Vorwort

Schon in einigen Jahrzehnten wird die Nutzung der Kohle als Energiequelle kaum noch möglich sein. Der Beitrag der Kohleverbrennung zur Aufladung der Atmosphäre mit CO₂ und damit zum Klimawandel ist so bedeutend, dass eine Fortsetzung der bisherigen Kohleverstromung verantwortungslos wäre. Ein entschiedenes Umsteuern ist notwendig.

Ein solches Umsteuern ist für die in der Kohleförderung Beschäftigten und deren Familien, aber auch für tausende Bewohnerinnen und Bewohner der Kohleregionen, die von dieser Industrie leben, ein schmerzhafter Einschnitt. Die Kumpel wissen, was kommt. Sie brauchen keine Besserwisserei, sie brauchen Zukunft.

Die Fraktion DIE LINKE ist sich dieses Einschnittes bewusst, und ihre Vorschläge zum Umsteuern sind daher in jeder Hinsicht mit dem Nachdenken über Sozialverträglichkeit dieses Prozesses sowie über die Schaffung von alternativen Arbeitsplätzen und Beschäftigungsmöglichkeiten verbunden.

Die Vorschläge und Forderungen der Fraktion DIE LINKE stehen im deutlichen Gegensatz zu den Plänen der Energiekonzerne, die sich bisher nicht nur dem notwendigen Umsteuern verschließen, sondern sogar noch eine Erweiterung der Kohleförderung und die Errichtung weiterer Kohlekraftwerke planen.

Aber „deutlicher Gegensatz“ heißt nicht „Maschinenstürmerei“. Die Fraktion DIE LINKE weiß, dass die Dinge nicht von einem Tag auf den anderen verändert werden können, und akzeptiert die Kohleverstromung und Kohleveredelung in den nächsten vier Jahrzehnten bei rückläufigen Abbaumengen als Transformationsprozess auf dem Weg hin zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien.

Kohle in Beschäftigung und neue Energien umwandeln

◀ Position der Fraktion DIE LINKE im Bundestag zur Kohlepolitik

Zusammenfassung

45.000 Arbeitsplätze werden in den nächsten Jahren trotz gegenteiliger Ankündigungen der Energiekonzerne in der Kohlewirtschaft verloren gehen. Mit dem Börsengang des Konzerns RAG steht der heimische Steinkohlebergbau endgültig vor dem Aus. Allein hier werden 35.000 Kumpel nach Hause geschickt.

Auch die von den Energiekonzernen geplante Erneuerung von Kohlekraftwerken kostet Stellen. Aufgrund des hohen Automatisierungsgrades kommen moderne Kohleblöcke gegenüber den laufenden Anlagen mit nur einem Fünftel der Belegschaft aus. Das hat bis 2020 den Abbau von weiteren 6.500 Stellen in den Kraftwerken zur Folge.

Zudem gehen im Braunkohletagebau die Entlassungen weiter. Noch einmal 3.500 Stellen – vor allem in Ostdeutschland – werden in den nächsten Jahren den Profitinteressen von RWE und Vattenfall Europe zum Opfer fallen.

Die Energiekonzerne nutzen ihre Marktmacht, indem sie weiter auf Kohle befeuerte Großkraftwerke und zentrale Versorgungsstrukturen setzen. Sie bauen so ihre Monopolstellung weiter aus. Die Zeche zahlen die Verbraucherinnen und Verbraucher durch überhöhte Energiepreise.

Klimawandel und internationale Konflikte um knappe Energieressourcen erfordern einen umfassenden Strukturwandel in der Energiewirtschaft. Der massenhaften Verbrennung fossiler Brennstoffe müssen dadurch klare Grenzen gesetzt werden. Auch die Atomkraft ist keine Option. Die Nukleartechnik ist unbeherrschbar und führt zu militärischem Missbrauch. „Clean-Coal“ und Kernfusion sind unwirtschaftliche Scheinlösungen mit zweifelhaftem Nutzen.

DIE LINKE will die Energiewende sozial fair gestalten und setzt deshalb auf eine intelligentere Nutzung von Strom, Wärme und Kraftstoffen sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien. Das schafft sichere Beschäftigung und bezahlbare Energie aus heimischer Produktion. Gleichzeitig kann das Klimaschutzziel zur Senkung des Ausstoßes von Kohlendioxid (CO₂) um 80 Prozent bis 2050 gegenüber 1990 erreicht werden.

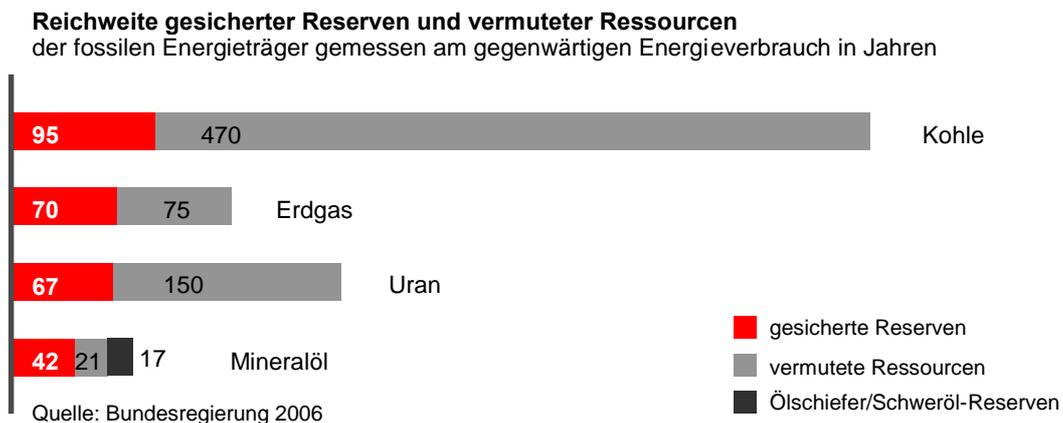
DIE LINKE fordert konkrete politische Maßnahmen für neue Beschäftigung, wirksamen Klimaschutz und bezahlbare Energie. Das bedeutet:

- ◀ gerechte Perspektiven für die Beschäftigten in der Braun- und Steinkohle;
- ◀ strukturpolitische Programme in den Bergbauregionen;
- ◀ Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten in der konventionellen Energiewirtschaft während der Arbeitszeit;
- ◀ geregelter Ausstiegspfad aus der Verfeuerung von Stein- und Braunkohle;
- ◀ wirksame Ausgestaltung von Emissionshandel und erneuerbare-Energien-Gesetz;
- ◀ zielgenaue Förderung effizienter und erneuerbarer Energietechniken;
- ◀ klare gesetzliche Vorgaben für mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien;
- ◀ Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand;
- ◀ Umwandlung des RAG-Konzerns in eine gemeinnützige Stiftung öffentlichen Rechts ohne Börsengang;

Energiepolitik in der Sackgasse

Die Energiepolitik in Deutschland steht vor einem Wendepunkt. Klimawandel und Ressourcenknappheit zwingen uns, den Umgang mit Energie und Ressourcen völlig neu zu überdenken. Der Ölpreis, Fieberkurve des fossilen Energiesystems, stieg im Jahr 2006 auf fast 80 Dollar¹ pro Barrel. Der Gaspreis, der an den Ölpreis gekoppelt ist, kletterte ebenfalls rasant. Die scheinbare Alternative Atomenergie steht vor dem Aus. Die Risikotechnik ist mit nicht beherrschbaren Problemen bei Betrieb, Transport und Endlagerung verbunden. Sollte sich dennoch ein weltweiter Ausbau von Atommeilern durchsetzen, würden die bezahlbaren Uranvorräte innerhalb weniger Jahrzehnte zu Ende gehen. Fazit: Die bisher massenhafte Nutzung fossiler und nuklearer Energieträger hat in eine Sackgasse geführt.

Die Folgen einer Energiepolitik, die auf die knappen Ressourcen von Mineralöl, Erdgas und Uran setzt, sind weltweit zu besichtigen: politische Krisen, kriegerische Auseinandersetzungen, private Konzerne erpressen Staaten, staatliche Konzerne setzen mit Öl und Gas andere Länder unter Druck. Der „Kampf ums Öl“ hat längst begonnen. Internationale Energiekartelle teilen die knappen Öl- und Gasfelder unter sich auf. Spekulanten bereichern sich am Ölmarkt. Ein gehöriger Teil der Preissteigerungen für Öl und Gas in Deutschland geht auf dieses Konto. Die Zeche zahlen vor allem die Privathaushalte mit geringem Einkommen und die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Viele können schon jetzt die hohen Strom- und Heizrechnungen kaum noch bezahlen.

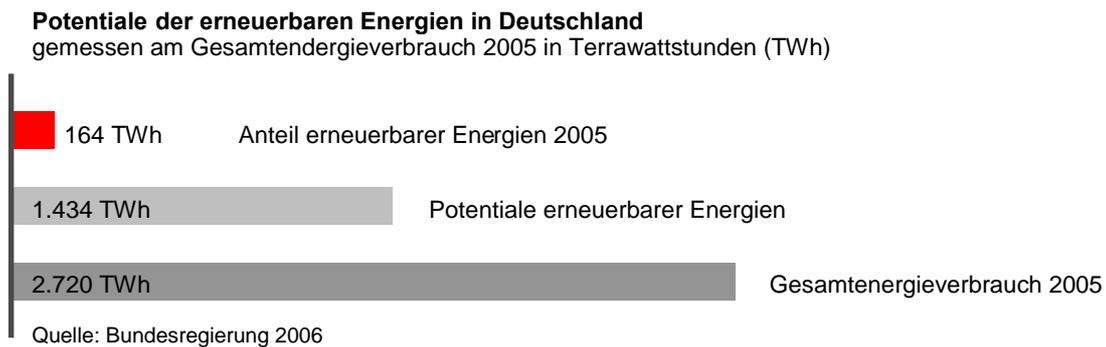


Die Entwicklung lässt den Ruf nach heimischer Braun- und Steinkohle lauter werden. Doch was eine Kohle-Renaissance betrifft, sind Zweifel abgebracht. Neben den negativen Folgen für die Beschäftigung, gesundheitlichen Folgekosten und den Schäden an Kultur- und Naturlandschaften, die der Kohlebergbau in Deutschland verursacht, ist die Kohleverbrennung Hauptgrund für den bedrohlichen Klimawandel.

¹ 75,35 \$ am 21. April 2006; 78,13 \$ am 14. Juli 2006 jeweils für die US-Sorte WTI

Das Verheizen fossiler Brennstoffe hat der Erdatmosphäre bereits derart zugesetzt, dass Mensch und Umwelt nicht ohne Schäden davonkommen werden. Der UN-Klimarat IPCC fordert deshalb ein sofortiges Handeln aller Staaten. Wird der Ausstoß von Klimagasen nicht drastisch gesenkt, bedarf es eines enormen finanziellen Aufwandes, um die Folgen von Überschwemmungen, Dürren, Trinkwassermangel und Wetterextremen wenigstens abzumildern. Ein Ausbau der Kohlewirtschaft würde den Klimawandel weiter anheizen und damit unsere Lebensgrundlagen gefährden. Denn die Verfeuerung von Kohle ist um ein Vielfaches klimaschädlicher als die Nutzung jedes anderen Energieträgers. Und: Die volkswirtschaftlichen Kosten des Klimawandels sind deutlich höher als die Umstellung des Energiesystems.

Deutschland muss für die zukünftige Energieversorgung daher auf die Senkung des Verbrauchs setzen, indem Strom, Wärme und Kraftstoffe intelligenter genutzt werden. Bei Halbierung des Energieverbrauchs können erneuerbare Energien, also Wind, Wasser, Sonne, Biomasse und Erdwärme, den Energiebedarf nahezu vollständig decken. Dadurch wird eine klimafreundliche, bezahlbare, sichere und friedvolle Versorgung mit Energie gewährleistet.



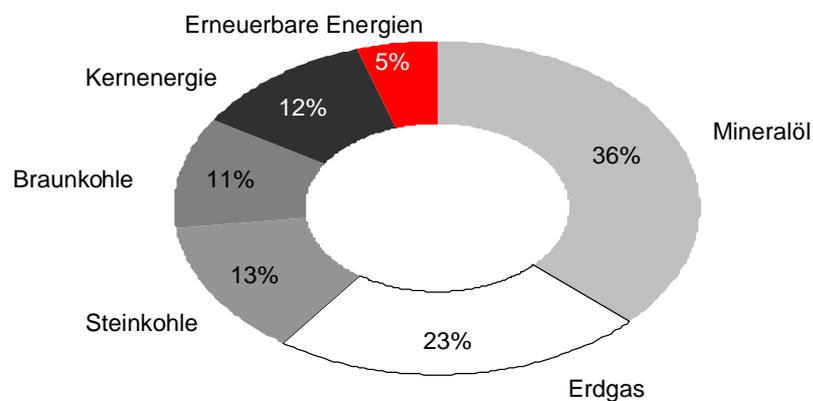
Der Weg in eine zukunftsfähige Energieversorgung wird in Deutschland maßgeblich durch ein Energiekartell blockiert. Die vier größten Energieversorger RWE, Eon, Vattenfall Europe und EnBW kontrollieren die Hauptverteilungsnetze für Strom und Gas und verfügen über 80 Prozent der Kraftwerkskapazitäten. Sie treiben die Netzkosten hoch, manipulieren die Strom- und Gaspreise und behindern die Einspeisung erneuerbarer Energien.

Gleichzeitig ist der umfassende Neubau von Großkraftwerken geplant. Dabei setzt die Energiewirtschaft auf die Technik des vergangenen Jahrhunderts: die massenhafte Verbrennung fossiler Energieträger. Bis zum Jahr 2020 sollen bis zu 45 neue Braun- und Steinkohlekraftwerke in Betrieb gehen. Das ist weit mehr, als es für den Ersatz alter Anlagen nötig wäre. Ein wirksamer Klimaschutz würde scheitern. Die Konzerne festigen aber ihre marktbeherrschende Stellung und erschweren den Umbau der Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien und hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung in dezentraler Struktur.

Ein Festhalten an der jetzigen Energiewirtschaft hat erhebliche negative Folgen:

- ◀ In der Energiebranche gehen bis 2020 mindestens 45.000 Arbeitsplätze verloren, und die Schaffung mehrerer hunderttausend neuer Stellen wird behindert.
- ◀ Die Preise für Strom, Wärme und Kraftstoffe steigen durch eine zunehmende Abhängigkeit von fossilen Energieträgern weiter ungebremst. Das trifft Haushalte mit geringen Einkommen am härtesten.
- ◀ Die Kohleverbrennung treibt den Klimawandel weiter an und belastet durch die damit verbundenen Folgeschäden die Volkswirtschaft in Deutschland in Milliardenhöhe.
- ◀ Krisen um Energieverteilung nehmen global weiter zu. Eine Mischung aus kriegerischen Konflikten und teuren Energierohstoffen trifft arme Länder besonders stark.

Primärenergieverbrauch nach Energieträgern in Deutschland 2006



Quelle: Bundesregierung 2007

Die Bundesregierung sieht dieser Entwicklung weitgehend tatenlos zu. Sie hat bisher kaum wirksame Maßnahmen ergriffen, um den Energiepreisanstieg spürbar zu bremsen, die Importabhängigkeit bei den fossil-atomaren Energieträgern deutlich abzubauen und die Maßnahmen im Klimaschutz zu verstärken. Stattdessen schickt sie deutsche Soldaten in Auslandseinsätze mit zweifelhafter Mission.

CDU und CSU setzen unverhohlen auf die gefährliche Atomenergie, und die SPD macht zweifelhafte Versprechungen an die Kohlewirtschaft in Deutschland. Zudem redet die Merkel-Regierung der Energieverschwendung das Wort: Die enormen Auswirkungen der Kohleverfeuerung auf den Klimawandel werden im Emissionshandel ignoriert. Die energieintensive Industrie wird von der Energiebesteuerung und der Abgabe für erneuerbare Energien befreit. Bei der heimischen Kohle werden Hoffnungen geweckt, wo der Subventionsabbau beschlossene Sache ist.² Die groß verkündeten Energiegipfel der Bundeskanzlerin bleiben ohne Ergebnisse. Die EU-Ratspräsidentschaft wird zum Steigbügel der Lobby der Energiekonzerne.

² SPIEGEL-online: SPD-Energiegipfel – Genossen wollen Renaissance der deutschen Kohle, 06.03.2006

Der Kohleausstieg kommt

Die zukünftige Energieversorgung muss so gestaltet werden, dass die Menschen dem Wandel auch folgen können. Gerade an den klassischen Kohle- und Energiestandorten haben die Beschäftigten Anspruch auf sichere Perspektiven. Es wäre daher unverantwortlich, den Menschen in Hinblick auf den Bergbau unhaltbare Versprechungen zu machen oder eine Klimaschutzpolitik durchzusetzen, ohne die sozialen Folgen zu beachten.

Gerade die Energiebranche bietet aber konkrete Chancen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig den ökologischen Umbau voranzutreiben. Die Förderung heimischer Braun- und Steinkohle zur Erzeugung von Energie hat dabei aber eine abnehmende Bedeutung.

Steinkohle

Die damalige rot-grüne Bundesregierung beschloss 2003 weiter sinkende Beihilfen für den Steinkohlebergbau. Doch nach wie vor ist dieser mit 29% aller Subventionen größter Empfänger bei den Finanzhilfen des Bundes. Im 20. Subventionsbericht der Bundesregierung vom 22. März 2006³ heißt es: „Die Begünstigung Einzelner zu Lasten der Allgemeinheit kann jedoch auch erhebliche Nachteile zur Folge haben, z.B. den Strukturwandel verzögern oder das wirtschaftliche Wachstum und die Beschäftigung beeinträchtigen.“ Weiter wird festgestellt: „Die Förderkosten des deutschen Steinkohlebergbaus sind insbesondere aufgrund der hiesigen geologischen Abbaubedingungen nicht wettbewerbsfähig.“

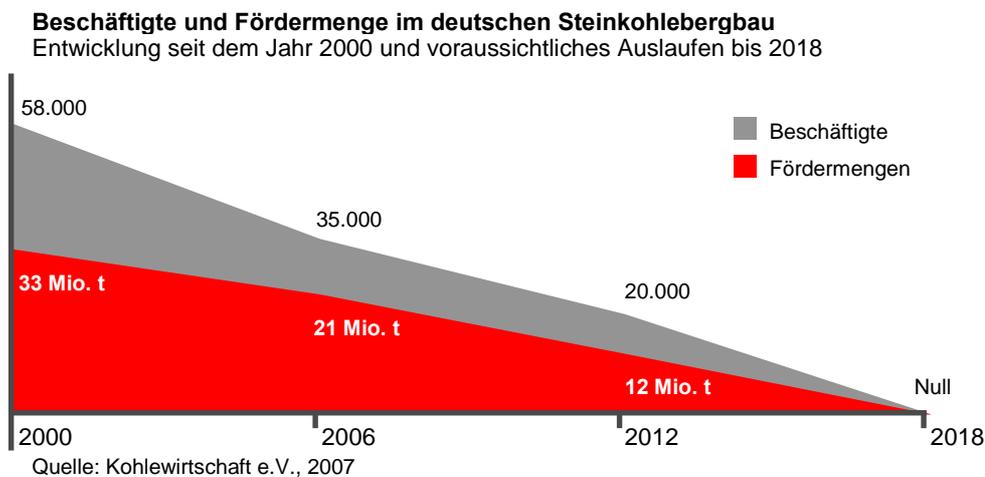


Die Kohlesubventionierung läuft in ansehbarer Zeit gänzlich aus. Dazu ist die Bundesrepublik gegenüber der EU verpflichtet. Die europäische Gemeinschaft hat sich 2002 darauf verständigt, staatliche Finanzhilfen für Bergbauunternehmen noch bis 2010 zu erlauben. Bis dahin muss Deutschland einen „nennenswerten Abbau“ der Subventionen vorweisen. Eine Folge: Bis 2012 werden wohl nur noch fünf Bergwerke in Betrieb sein.

³ Bundestags-Drucksache 16/1020.

Die Aktivitäten des Steinkohle-Bergbaus in Deutschland werden vom Konzern RAG gebündelt. Mit dem Gang des Unternehmens an die Börse wird nun der gänzliche Ausstieg aus der deutschen Steinkohle eingeläutet, und CDU/CSU und SPD folgen diesem Weg. Ein Gutachten⁴ hält das Ende des Kohlebergbaus ab 2018 „ohne Massenentlassungen“ für machbar. Insgesamt betrifft die Entwicklung rund 35.000 Bergbaubeschäftigte.

Steigende Kohlepreise am Weltmarkt sind kein echter Ausweg für einen subventionierten Bergbau. Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Steinkohle wird am Marktpreis gemessen. Sinkt der Preisunterschied zwischen der bezuschussten heimischen Kohle und der Importkohle, muss die RAG nachträglich staatliche Beihilfen zurückzahlen.



21 Millionen Tonnen Kohle wurden 2006 hierzulande gefördert.⁵ Sie reichen zur Deckung von fünf Prozent des heimischen Primärenergieverbrauchs.⁶ Würde Deutschland mit dem Argument der Versorgungssicherheit im Energiesektor zukünftig auf heimische Steinkohle setzen, müssten die Kosten des Bergbaus auf den Strompreis umgelegt werden. Bei Beschickung aller Kraftwerke mit deutscher Kohle stiegen die Kosten zur Kohleverstromung – bezogen auf die Beihilfen für 2007 – um mindestens 6,5 Milliarden Euro pro Jahr. Energie aus Steinkohle wäre damit weitgehend unrentabel, und die Vorkommen in Deutschland würden einschließlich aller geschätzten Ressourcen nur wenige Jahrzehnte reichen. Von einer bezahlbaren und sicheren Energieversorgung kann dann nicht mehr die Rede sein.

Vergleicht man die Finanzhilfen des Bergbaus mit denen für die erneuerbaren Energien, werden gleichzeitig das Problem und die Chancen in der Energiepolitik deutlich: Die Zuschüsse des Bundes für den Bergbau betragen für die Jahre 2003 bis 2006 insgesamt 6,4 Milliarden Euro. Die Belegschaft im Bergbau ist dabei von 45.600 Beschäftigten im Jahr 2003 um 10.200 zurückgegangen.

⁴ Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, 2006

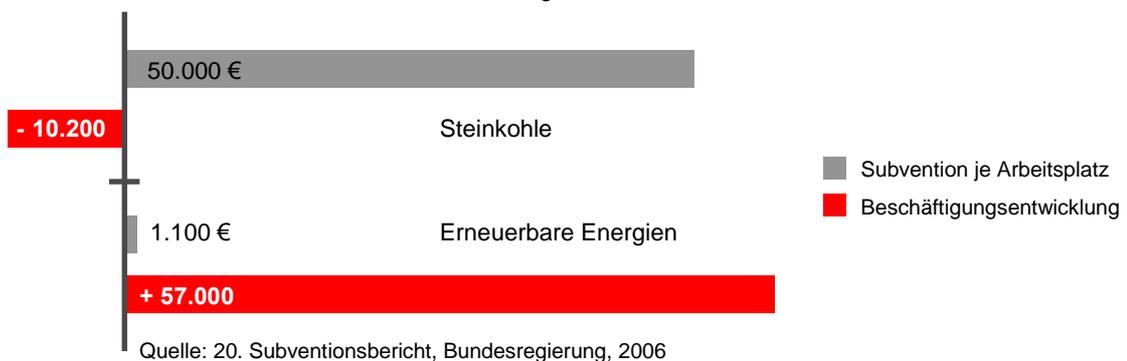
⁵ Kohlestatistik – Steinkohleförderung in den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland, 2006.

⁶ Umweltbundesamt: Hintergrundpapier – Abbau der Steinkohlesubventionen, 2003.

Zur Unterstützung der erneuerbaren Energien hat der Bund laut Subventionsbericht 0,7 Milliarden Euro ausgegeben. Das ist etwa ein Zehntel. In dieser Branche ist die Zahl der Mitarbeiter in Deutschland im selben Zeitraum um 57.000 auf jetzt 214.000 gestiegen.⁷

Der Erhalt der Stellen in der Steinkohle wird aktuell mit jährlich rund 50.000 Euro je Arbeitsplatz durch Subventionen des Bundes teuer erkaufte. Dabei sind die Hilfen des Landes Nordrhein-Westfalen in jährlich dreistelliger Millionenhöhe noch nicht berücksichtigt. Es zahlt noch als einziges Bundesland Beihilfen. Das Saarland ist schon vor Jahren aus der Subventionierung der Steinkohle ausgestiegen.

Beschäftigungsentwicklung und Subventionen des Bundes je Arbeitsplatz
In den Bereichen Steinkohle und erneuerbare Energien im Zeitraum 2003 bis 2006



Die stetig wachsende Zahl der Beschäftigten in der Erneuerbaren-Energien-Branche wird mit nur 1.100 Euro je Arbeitsplatz im Jahr bezuschusst. Das sind lediglich 2,2 Prozent gegenüber der Kohle-Subvention. Selbst unter Berücksichtigung der Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die zurzeit 3,2 Milliarden Euro pro Jahr ausmacht⁸, ist die Beschäftigungswirkung durch Wind, Wasser, Sonne und Biomasse enorm.

Bei der EEG-Förderung handelt es sich nicht um Subventionen, denn Strom aus erneuerbaren Energien erhält bei der Einspeisung ins Netz per Umlage eine jährlich abnehmende Mindestvergütung. Die Gesamtkosten werden auf alle Verbraucher umgelegt. Auch ist zu berücksichtigen, dass durch erneuerbare Energien allein 2006 Importe fossiler Energieträger in Höhe von 4,2 Milliarden Euro vermieden und 97 Millionen Tonnen CO₂ eingespart wurden⁹.

Die volkswirtschaftlichen Schäden der Kohleverfeuerung kommen den Steuerzahler hingegen teuer zu stehen. Je verbrauchter Kilowattstunde Strom betragen die externen Kosten von Steinkohle 6,8 und von Braunkohle 8,7 Cent. Zum Vergleich: Die zusätzlichen Kosten für Solarstrom betragen nur 0,8 und bei Wind lediglich 0,1 Cent. Bei Strombezug aus Kohle verursacht ein Durchschnittshaushalt pro Jahr rund 300 Euro zusätzliche Gesundheits- und Umweltkosten. EEG-Strom hingegen sparte 2006 3,4 Milliarden Euro externe Kosten ein.

⁷ Bundesumweltministerium: AGEE-Stat, 2007.

⁸ DLR, ISI: Externe Kosten der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien [...], 2006.

⁹ BEE: Erneuerbare Energien in 2006, 2007.

Braunkohle

In der Braunkohlewirtschaft stellt sich die Frage, ob die enormen gesellschaftlichen und ökologischen Konflikte einen dauerhaften Weiterbetrieb der verbleibenden Tagebaue rechtfertigt. Nach einem Prognos-Gutachten stehen allein in der Lausitz 54 Ortschaften auf 3,9 Milliarden Tonnen „wirtschaftlich gewinnbaren Reserven“. Bei einer Abaggerung müssten tausende Menschen weichen, ökologisch wertvolle Naturräume gingen verloren, und die Versteppung der Region würde weiter voranschreiten.

Auch aus klimapolitischen Gründen ist die herkömmliche Verstromung von Braunkohle kaum noch zu rechtfertigen. Der CO₂-Ausstoß ist dreimal höher als bei der Stromerzeugung mit einem Erdgaskraftwerk. Braunkohle-Kraftwerke sind für die Hälfte der Klimagas-Emissionen aller fossilen Kraftwerke in Deutschland verantwortlich. Eine zentrale Forderung der Umweltverbände ist deshalb, umgehend alle Braunkohleblöcke abzuschalten.

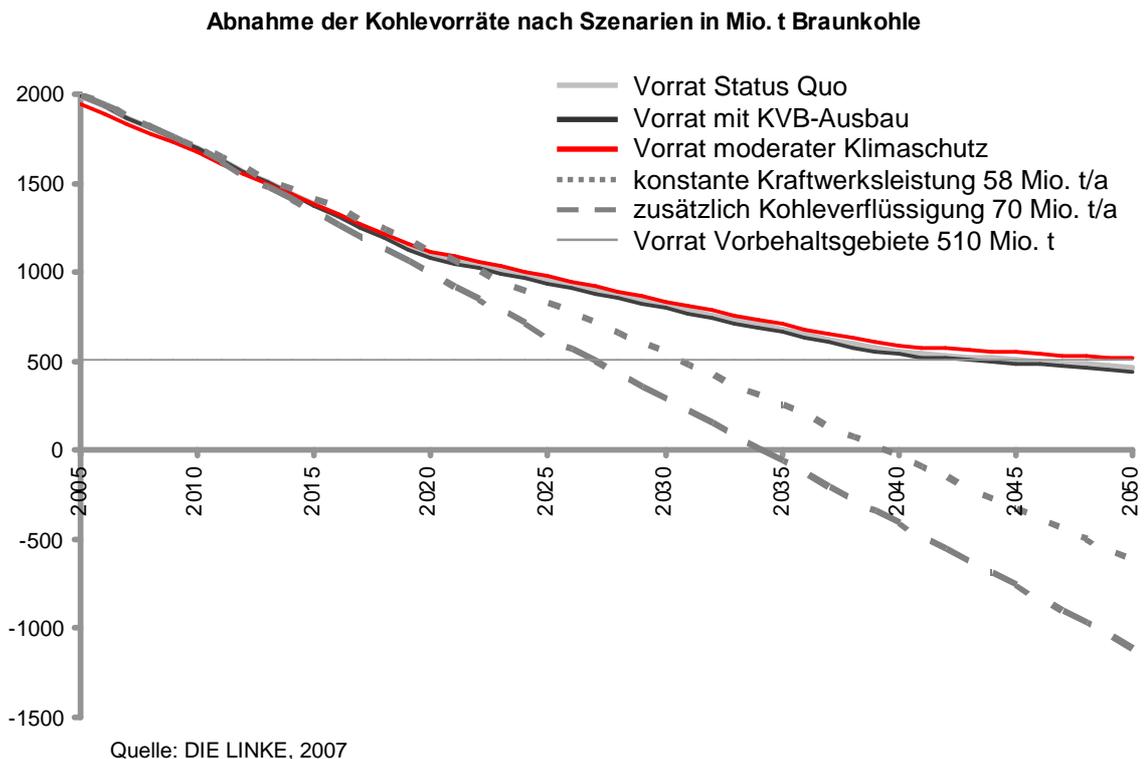
Dem gegenüber stehen 22.900 Beschäftigte in den Tagebauen und Kraftwerken und die Tatsache, dass Braunkohlestrom zurzeit rund ein Viertel der Bruttostromerzeugung stellen. Ein struktureller Wandel in der Energiewirtschaft muss also soziale und gesellschaftliche Brüche vermeiden. Am ostdeutschen Lausitz-Revier, in dem in fünf Tagebauen jährlich rund 60 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert werden, zeigt sich, dass ein solcher Wandel machbar ist.¹⁰

Im Lausitzer Braunkohlerevier gibt es zurzeit konkrete Pläne zur Erweiterung der Tagebaue in so genannte Vorbehaltsgebiete. Das hätte die Umsiedlung von mehr als tausend Einwohnerinnen und Einwohnern zur Folge. Es stellt sich die Frage, ob zur Versorgung des jetzigen Kraftwerksparks die Umsiedlung weiterer Ortschaften notwendig ist. Darüber hinaus ist mit Blick auf die klimapolitischen Erfordernisse zu fragen, in welchem Maß zukünftig aus der Braunkohleverstromung resultierende CO₂-Emissionen zu rechtfertigen sind.

Für die Lausitz stellt sich heraus, dass die bestehenden Kraftwerke und ein geplanter Block über die Dauer von 40 Jahren wirtschaftlich betrieben werden können, ohne dass neue Tagebaue abgebagert werden müssen. Die Kraftwerke würden danach stufenweise 2020, 2040 und 2050 auslaufen. Das gewährleistet einen langsamen Übergang in eine zukunftsfähige Energiewirtschaft und einen sinkenden Braunkohlesockel für einen Zeitraum von über 40 Jahren. Gleichzeitig kann das Ziel, den CO₂-Ausstoß kontinuierlich zu senken, erreicht werden.

¹⁰ DIE LINKE: Zur Zukunft der Lausitzer Braunkohle, 2007

In einem „moderaten Klimaschutz-Szenario“ führen bereits relativ gemäßigte Annahmen, welche die Wirtschaftlichkeit der Lausitzer Kraftwerke nicht in Frage stellen, zu dem Schluss, dass eine Inanspruchnahme von Vorbehaltsgebieten vor 2050 unnötig sein wird. Gleichzeitig wird die zeit-nah geplante Inanspruchnahme von sensiblen Naturräumen vermieden, und der Kohlendioxid-Ausstoß kann deutlich gesenkt werden. Die dafür erforderliche Voraussetzung ist eine geringere Auslastung älterer und ohnehin ineffizienterer Kraftwerksblöcke.



Von Bedeutung für die Lausitz ist die Arbeitsplatzentwicklung in der Branche der erneuerbaren Energien im Vergleich zur Braunkohle. Während in der Braunkohle die Zahl der Arbeitsplätze seit der Wiedervereinigung kontinuierlich zurückging, erlebten Wind-, Solar- und Bioenergien geradezu einen Boom. Diese Branche spielte vor der Wende kaum eine Rolle, beschäftigt aber in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen mittlerweile weit mehr Menschen als die Konzerne Vattenfall und Mibrag in der Braunkohle. Entscheidend ist deshalb, Strukturprogramme so auszulegen, dass die Beschäftigten der konventionellen Energiewirtschaft von dieser Entwicklung profitieren.

Kohle schafft keine neue Arbeit

In der klassischen Energiewirtschaft sind auch in Zukunft keine positiven Beschäftigungseffekte zu erwarten. Im Gegenteil: Die angekündigten Milliarden-Investitionen der Energiekonzerne bringen einen massiven Abbau bestehender Arbeitsplätze mit sich und behindern die Entwicklung des Sektors der erneuerbaren Energien, so dass die Beschäftigungsbilanz am Ende deutlich negativ ausfallen wird.

Aktiver Klimaschutz kostet entgegen der Behauptungen der Energiewirtschaft keine Arbeitsplätze in der Kohlewirtschaft. Die Energieversorger sind in den europäischen Emissionshandel eingebunden. Um den Ausstoß von Klimagasen einzuschränken, dürfen Anlagenbetreiber nur begrenzte Mengen Kohlendioxid in die Luft blasen. Dazu bekommen sie von der Bundesregierung so genannte Verschmutzungsrechte bisher kostenlos zugeteilt. Die Stromkonzerne schlagen jedoch den Marktpreis der Zertifikate auf den Strompreis auf. Jährlich rund fünf Milliarden Euro verbuchen sie auf diesem Weg seit 2005 als „unerwartete Extragewinne“. Zu einer wirtschaftlichen Belastung der Unternehmen, die den Abbau von Arbeitsplätzen rechtfertigen würde, führt der Klimaschutz also gegenwärtig nicht.

Die geplanten Neuanlagen werden von den Energiekonzernen nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gebaut und betrieben. Sie kommen dabei mit einem hohen Automatisierungsgrad aus und laufen mit sehr wenig Betriebspersonal. Die RWE-Betriebsräte gehen davon aus, dass neue Kraftwerke im Vergleich zu den bisherigen mit nur einem Fünftel des Personals laufen. Tatsächlich dürfte der Verlust an Arbeitsplätzen an den Kraftwerksstandorten aber noch deutlich höher liegen.

Insgesamt werden deshalb mindestens 45.000 Menschen in der Kohle- und Energiewirtschaft bis 2020 ihren Arbeitsplatz verlieren – trotz vollmundig verkündeter Investitionspläne der Energiewirtschaft. Im Bereich der erneuerbaren Energien hingegen, die bisher nur fünf Prozent des Energieverbrauchs decken, werden bis 2020 rund 300.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Voraussetzung ist, dass der Anteil von Wind, Wasser, Sonne, Biomasse und Erdwärme dann mindestens 20 Prozent des Energiebedarfs deckt.¹¹ Eine Studie des Bundesumweltministeriums geht davon aus, dass in der Branche bis 2030 sogar 415.000 Stellen entstehen können.¹² Jede Verzögerung beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist daher aus beschäftigungspolitischer Sicht unverantwortlich.

¹¹ Bundesverband Erneuerbare Energien: Essener Deklaration, 2005

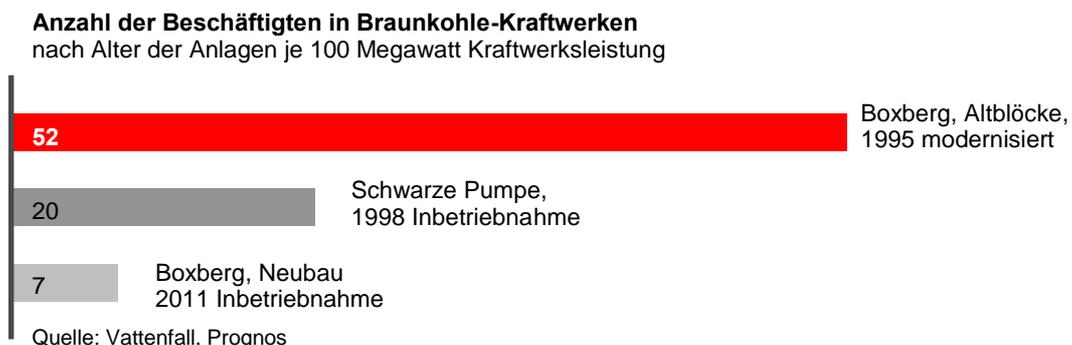
¹² BMU: Auswirkungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf den deutschen Arbeitsmarkt unter besonderer Berücksichtigung des Außenhandels, 2006

Braunkohle

Die Braunkohle in Ostdeutschland ist ein bedrückendes Beispiel für den Arbeitsplatzabbau in der herkömmlichen Energiewirtschaft. Anfang der 90er Jahre war es unumgänglich, den Kraftwerkspark in Ostdeutschland den bestehenden Sicherheits- und Umweltstandards anzupassen. Aufgrund der immensen Umbaukosten beschloss der Energiekonzern VEAG, der zu diesem Zeitpunkt im Besitz der Braunkohlekraftwerke war, die ältesten Anlagen ganz stillzulegen. Das hatte erhebliche Auswirkungen auf die Zahl der Beschäftigten. Insgesamt sank deren Zahl durch Modernisierung und Stilllegung zwischen 1989 und 2000 um 80 Prozent.¹³ Auch die jetzt anstehende Erneuerung des Kraftwerksparks geht zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Neue Braunkohleblöcke kommen im Vergleich zu älteren in Betrieb befindlichen Anlagen mit nur einem Zehntel der Belegschaft aus.

Nach Angaben des Beratungsunternehmens Prognos werden durch den Neubau eines zusätzlichen 670-MW-Blocks am Standort Boxberg in Sachsen lediglich 50 bis 70 Arbeitsplätze entstehen. Je 100 Megawatt Kraftwerksleistung werden demnach nur sieben bis zehn Leute gebraucht. Das bestehende Kraftwerk Boxberg hat eine Leistung von 1.900 Megawatt mit rund 1.000 Beschäftigten. Hier arbeiten also noch 52 Menschen je 100 Megawatt.¹⁴

Das Kraftwerk Schwarze Pumpe in Brandenburg, das 1998 in Betrieb ging, kommt mit 317 Beschäftigten aus und erzeugt 1.600 Megawatt. Das sind 20 Arbeitskräfte je 100 Megawatt. Geplant ist durch die Energiebranche der Ersatz von rund 4.000 Megawatt Braunkohle-Kraftwerksleistung bis 2020. Das bedeutet einen Verlust von mehr als 1.500 Arbeitsplätzen.



Ein weiterer Trend ist in der Branche abzulesen: Auch bei den bestehenden Anlagen und im Braunkohletagebau geht die Zahl der Beschäftigten deutlich zurück. In der deutschen Braunkohlewirtschaft waren 2005 insgesamt 23.299 Menschen beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr ging deren Zahl deutlich zurück. In den ostdeutschen Bundesländern waren 5,1 Prozent, im Westen 1,2 Prozent weniger Leute beschäftigt.¹⁵

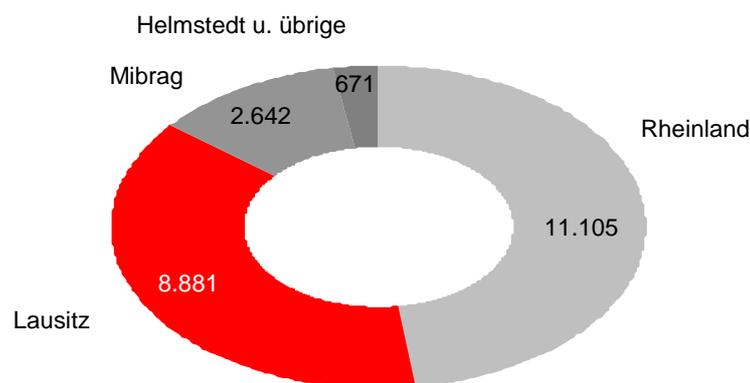
¹³ Vattenfall Europe Generation AG & Co. KG: Sicherung von Arbeitsplätzen durch flächendeckende Teilzeitarbeit - auch im Schichtbetrieb

¹⁴ Lausitzer Rundschau: Lausitzer Kohle für 66 Jahre, 21.04.2006

¹⁵ IG BCE: Braunkohle Jahresbericht 2005, 2006

Die Konzerne streben Maximalprofite an und setzen die erheblichen Gewinne kaum in neue Beschäftigung um. Das zeigt sich auch an den Investitionen: Nicht einmal 0,3 Prozent der geplanten Anlagenleistung soll aus erneuerbaren Energien kommen. Der schwedische Staatskonzern Vattenfall Europe, der für den Braunkohletagebau in Ostdeutschland verantwortlich zeichnet, hatte Ende 2005 14 Prozent weniger Beschäftigte als im Vorjahr.¹⁶ Der Energieversorger RWE, der für die Braunkohle in Westdeutschland steht, hatte 2005 12 Prozent weniger Mitarbeiter als im Jahr zuvor.¹⁷ Beide Konzerne verbuchten im selben Jahr Rekordgewinne.

Beschäftigte der Braunkohlewirtschaft 2005 nach Revieren einschl. Kraftwerke



Quelle: DEBRIV, 2006

Auch die Globalisierung drückt auf die Beschäftigung in der Branche. Die großen Energieversorger setzen ihre Milliarden Gewinne für europaweite und internationale Übernahmenschlachten ein, um ihre Monopolstellung auszubauen. Dies führt zu weiteren Verlusten von Arbeitsplätzen.

Nimmt man alle Faktoren zusammen, gehen allein in der Braunkohlewirtschaft bis 2020 5.000 Arbeitsplätze verloren – fast ein Viertel aller Beschäftigten. Allein um diesen Verlust aufzufangen, müsste die absurde Zahl von rund 10.000 Megawatt Kraftwerksleistung zugebaut werden. Das wäre jedoch weder politisch noch in der Gesellschaft durchsetzbar.

Steinkohle

Anders als in der Braunkohle müssen bei der Verwendung der Steinkohle zur Energieerzeugung der Bergbau und die Verfeuerung in Kraftwerken getrennt betrachtet werden. Braunkohle ist ein derart ineffizienter Brennstoff, dass er direkt am Ort der Abaggerung verfeuert werden muss. Ein Transport über längere Strecken macht ihn unrentabel.

¹⁶ Wikipedia: Vattenfall, Unternehmensdaten, 2006

¹⁷ RWE: Geschäftsbericht 2005, 2006

Bei der Steinkohle sieht das anders aus. 61 Prozent des fossilen Rohstoffs kommen aus anderen Ländern.¹⁸ Der Import-Brennstoff ist dabei bis zu 70 Prozent billiger als deutsche Steinkohle. Um den heimischen Bergbau am Leben zu erhalten, wurde deshalb die in Deutschland geförderte Steinkohle seit 1980 mit rund 100 Milliarden Euro bezuschusst.¹⁹

Nach einem EU-Beschluss müssen die Subventionen jedoch abgebaut werden. Bis 2012 wird sich die Fördermenge von derzeit 21 Millionen auf dann 12 Millionen Tonnen fast halbieren. Die Beschäftigung wird dabei trotz Subventionen von rund 16 Milliarden Euro von derzeit rund 35.000 auf 20.000 Stellen zurückgehen.²⁰ Danach soll nach dem Willen von RAG, Bund und Landesregierung NRW spätestens bis 2018 der endgültige Ausstieg aus der heimischen Steinkohle über die Verkaufserlöse des RAG-Börsengangs finanziert werden.

Ein starker Abbau von Arbeitskräften ist auch durch die geplante Erneuerung des steinkohlebefeuerten Kraftwerkparks zu erwarten. Fast 12.000 Megawatt alte Kraftwerksleistung müsste danach bis 2020 durch neu gebaute Anlagen ersetzt werden. Aufgrund des hohen Automatisierungsgrades würden dadurch bis zu 5.000 Stellen in Steinkohlekraftwerken verloren gehen. Allein um diesen Verlust an Arbeitsplätzen auszugleichen, müssten noch einmal 50 neue Steinkohle-Kraftwerke gebaut werden. Das würde ein völliges Scheitern des Klimaschutzes bedeuten und in die totale Abhängigkeit von Energieimporten führen.

Auch hier kommt hinzu: Die Beschäftigten in den Steinkohlekraftwerken sind aufgrund der Entstehung so genannter „Global Player“ in der Energiebranche unter Druck. Deren Ziel ist die Profit-Maximierung. Im Klartext: mehr Rendite, weniger Beschäftigte, höhere Energiepreise.

Fazit

Insgesamt werden in der Braun- und Steinkohlewirtschaft bis 2020 mindestens 45.000 Arbeitsplätze verloren gehen. Dabei entstehen hohe volkswirtschaftliche Kosten. Für den selben Zeitraum erwartet die Branche der erneuerbaren Energien einen Zuwachs von mehr als 300.000 Arbeitsplätzen. Dabei wird die Allgemeinheit im hohen Maße von Zusatzkosten entlastet.

Die Energiekonzerne ignorieren bei ihren Planungen die Beschäftigungspotenziale einer nachhaltigen Energiewirtschaft beharrlich. Die Konzerne RWE, Eon, Vattenfall Europe und EnBW tragen daher nicht nur die Hauptverantwortung für die Folgen des Klimawandels. Sie planen auch den Verlust von Arbeitsplätzen in der Energiebranche systematisch mit ein und verhindern die Entstehung neuer, qualifizierter Stellen.

¹⁸ Bundesregierung: Energieversorgung in Deutschland – Statusbericht für den Energiegipfel, Berlin 2006

¹⁹ Greenpeace: Schwarzbuch Versorgungssicherheit, 2006

²⁰ Energiewirtschaftliche Tagesfragen: Deutscher Energiemarkt 2005, Heft 3, 2006

Der Fall RAG

Den Beschluss, den heimischen Steinkohle-Bergbau abzuwickeln, haben neben dem RAG-Vorstand und der Gewerkschaft IG BCE auch die Christ- und Sozialdemokraten auf Bundes- und Landesebene mitgetragen. Zahlreiche Fragen, die sich aus der Entscheidung ergeben, lassen die Verantwortlichen aber unbeantwortet. Das Geschacher um den Vorsitz der Stiftung, die den Börsengang organisieren und die Bergbaufolgen verwalten soll, scheint wichtiger zu sein, als die Interessen der betroffenen Menschen.

Völlig offen ist, wie der Strukturwandel in den Bergbauregionen sozial gerecht gestaltet werden soll und wie hoch die so genannten Ewigkeitskosten tatsächlich sind. DIE LINKE lehnt deshalb den Börsengang der RAG als denkbar schlechtestes Modell ab.

Die Situation

Die RAG hat für die Anteilseigner und Investoren nur einen geringen Wert. Die Folgekosten des Bergbaus belasten das Unternehmen in Milliardenhöhe, und der Staat hat aufgrund der Subventionsleistung Einfluss auf die Unternehmensstrategie. Während die Bereiche Chemie, Energie und Immobilien „rentabel“ arbeiten, entstehen im Steinkohle-Bereich hohe Kosten durch Bergbauschäden und soziale Verpflichtungen.

RAG-Unternehmensdaten 2006 nach Bereichen

CHEMIE Degussa Umsatz 10,9 Mrd. € 36.000 Mitarbeiter	ENERGIE Steag Umsatz 2,6 Mrd. € 4.900 Mitarbeiter	IMMOBILIEN RAG Immobilien Umsatz 0,4 Mrd. € 1.9400 Mitarbeiter	BERGBAU DSK Umsatz 3,6 Mrd. € 32.000 Mitarbeiter
---	--	---	---

Quelle: RAG, 2007

Konzern-Chef Werner Müller drängt deshalb darauf, den „schwarzen“ Bereich abzuschütteln. Dazu sollen die RAG in eine Stiftung überführt und anschließend die „weißen“ Unternehmensteile Degussa, Steag und RAG Immobilien zu 75 Prozent an die Börse gebracht werden. Die Erlöse aus dem Börsengang und den zurückgehaltenen 25 Prozent der Anteile sollen dem Ausgleich der sozialen Pflichten und der Finanzierung der Ewigkeitskosten dienen.

DIE LINKE stellt sich gegen dieses Vorhaben. Zum einen will sich das Unternehmen aus der sozialen und ökologischen Verantwortung stehlen. Zum anderen ist fraglich, ob die Folgekosten auch tatsächlich gedeckt werden können. Der Börsengang bedeutet letztlich die Ver gesellschaftung der Kosten und die Privatisierung der Gewinne.

Die öffentliche RAG-Stiftung

Auch die Beibehaltung der jetzigen Unternehmensform wirft einige Probleme auf. Die RAG ist in erster Linie gegenüber den Anteilseignern in der Pflicht. Das sind wiederum die Konzerne Eon, RWE, Thyssen-Krupp und Arcelor-Mittal. Ob dabei die Konflikte zwischen privaten Interessen und gesellschaftlicher Verantwortung langfristig vermieden werden können, ist anzuzweifeln. Die einzelnen Unternehmensteile wecken Begehrlichkeiten am Markt. Der Verkauf der Deutschen Bergbau-Technik (DBT) zeigt, dass Konzernchef Müller den Profit vor die Gemeinwohlinteressen stellt. Ein Aushöhlen der RAG ginge letztlich zulasten der Beschäftigten.

DIE LINKE spricht sich deshalb für die Überführung der RAG in eine gemeinnützige Stiftung öffentlichen Rechts aus. Zweck ist die Weiterführung der RAG, ohne Anteile zu veräußern. Ziel ist es, die Ewigkeitskosten zu decken, die sozialen und kulturellen Folgen des Bergbaus zu tragen sowie die Aus- und Weiterbildung und die öffentliche Beschäftigung zu fördern. Gleichzeitig sollen notwendige gesellschaftliche Entwicklungen angestoßen werden. Die RAG als Bundesstiftung kann neben der Fortführung des wirtschaftlichen Betriebs faktisch soziale Aufgaben im Ausbildungs-, Beschäftigungs-, und Wohnungssektor übernehmen. Mit der Steag ist es möglich, die zukunftsgerechte Ausgestaltung der Energieversorgung hin zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien maßgeblich zu beeinflussen.

Struktur und Aufgaben einer gemeinnützigen RAG-Bundesstiftung



Quelle: DIE LINKE.

Die Gremien der Stiftung sollen dazu vor allem mit gesellschaftlichen Gruppen sowie mit Vertreterinnen und Vertretern aller Bundestagsfraktionen und mit Ländervertretern besetzt werden. Der Einfluss der Wirtschaft ist zurückzustufen. Gegenüber der jetzigen Rechtsform ist bei einem Stiftungsmodell der öffentliche Einfluss auf die RAG bedeutend größer. Änderungen am Stiftungszweck können nur durch den Bundestag beschlossen werden, was eine öffentliche Kontrolle sicherstellt.

Sockelbergbau

Der Ausstieg aus der deutschen Steinkohle ist für die Verantwortlichen beschlossene Sache. 2018 soll die letzte Zeche ihren Betrieb einstellen. Doch wer die Gruben schließt, macht auch unmittelbar den Technologie- und den Bildungsbereich der Steinkohle zu. Dabei geht dann Wissen verloren, das über die Steinkohle-Technik weit hinausgeht.

Einen bedeutenden Anteil an der Bergbau-Technologie hat das Unternehmen DBT, bisher eine Tochter der RAG. Es beschäftigt 3.200 Mitarbeiter bei einem Umsatz von rund einer Milliarde Euro weltweit. Der Verkauf der DBT Anfang 2007 an den US-Konzern Bucyrus für 731 Millionen Euro im Vorfeld des geplanten Börsenganges der RAG zeigt, dass Konzernchef Werner Müller nicht bereit ist, eine Gesamtlösung im Interesse der Bergbau-Beschäftigten zu finden.

Die Technologiesparte der Kohlewirtschaft beschäftigt in 120 Unternehmen insgesamt 16.500 Menschen und machte 2006 einen Umsatz von rund 2,6 Milliarden Euro.²¹ Auch muss zur Kenntnis genommen werden, dass in der Deutschen Steinkohle derzeit fast 3.000 junge Menschen in 20 Berufen ausgebildet werden.²² Neben dem Bergmechaniker werden in Elektronik-, Logistik-, Maschinenbau- und kaufmännischen Berufen ausgebildet und Hochschulqualifikationen erworben.

Mit dem Erhalt eines so genannten Sockels können – unabhängig von einem Ausstieg aus der heimischen Steinkohle – ein moderner Maschinenbau und hoch qualifizierte Stellen erhalten werden. Indem die dafür nötigen Finanzhilfen des Bundes von voraussichtlich 400 Millionen Euro an Bedingungen geknüpft und degressiv gestaltet werden, kann der Bereich weiterentwickelt und das Wissen für neue Maschinenbausparten genutzt werden. Das gilt vor allem für Energieeffizienztechniken und im Anlagenbau für die erneuerbaren Energien, beispielsweise in den Bereichen Offshore-Windenergie und Geothermie. Wo der Klimaschutz für eine nachhaltige Energiewirtschaft langfristig einen geregelten Ausstieg aus der Kohleverstromung erfordert, kann die Bergbau-Technologie auch Schrittmacher werden. Die Energiewende wird damit so gestaltet, dass die betroffenen Menschen Schritt halten können.

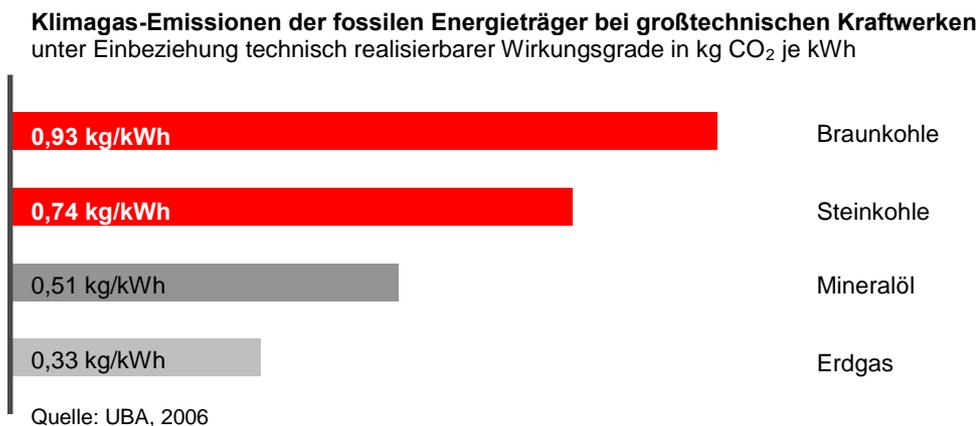
Ein Sockelbergbau soll sich an der Erprobung und Pilotnutzung von Maschinentechnologie orientieren. DIE LINKE spricht sich dabei für ein verbleibendes Fördervolumen von fünf bis sieben Millionen Tonnen pro Jahr aus. Die Kohle ginge vorrangig in die industrielle Nutzung. Der heimische Bergbau erfüllt damit auch die Anforderungen an den Klimaschutz. Gegenüber 1990 sinkt die Fördermenge – und damit der CO₂-Ausstoß – um 93 Prozent.

²¹ VDMA: Daten und Fakten, Die deutsche Bergbaumaschinenindustrie, 2007

²² DSK, Unternehmenspräsentation, 2007

Kohle und Klimaschutz

80 Prozent des vom Menschen verursachten Klimawandels sind auf das Verheizen fossiler Brennstoffen zurückzuführen. Kohle ist dabei das größte Problem. Selbst die modernsten Steinkohlekraftwerke stoßen mehr als doppelt so viel Kohlendioxid aus wie eine mit Erdgas befeuerte Anlage. Noch einmal ein Drittel schädlicher ist Braunkohle durch ihren hohen Wasseranteil. Ein Teil der Kohle muss zunächst verfeuert werden, um den anderen für die Verstromung zu trocknen. Kohle macht 47 Prozent der Stromerzeugung²³ in Deutschland aus, trägt aber auch zu 89 Prozent zum CO₂-Ausstoß aller Kraftwerke bei²⁴.



Deutschland ist dem „Kyoto-Protokoll“ beigetreten und hat sich damit gegenüber der Völkergemeinschaft verpflichtet, den Klimagas-Ausstoß im Zeitraum von 2008 bis 2012 gegenüber 1990 um 21 Prozent zu senken. In der EU wurde dazu 2005 der Emissionshandel eingeführt. Er soll ein marktwirtschaftliches Instrument sein, um den Klimagasausstoß zu reduzieren. Neben Anderen erhalten dabei Betreiber von Kohlekraftwerken Emissionszertifikate. Erzeugt ein Kraftwerk zu viel CO₂, müssen zusätzliche Zertifikate von anderen Marktteilnehmern hinzugekauft werden. Wird in Klimaschutztechnik investiert, können Zertifikate verkauft und Gewinne gemacht werden. Soweit die Theorie.

In der Praxis hat das System bislang völlig versagt. Die deutsche Bundesregierung hat jedes Jahr vier Prozent mehr Verschmutzungsrechte an Anlagenbetreiber ausgereicht, als zuvor CO₂ ausgestoßen wurde. Die Kohleblöcke erhielten auf Druck der Energiewirtschaft die Zertifikate von der Bundesregierung nicht nur reichlich, sondern auch kostenlos. Die Energiekonzerne wiederum schlugen den Marktpreis der Zertifikate auf den Strompreis auf. Damit haben sie seit 2005 jährlich rund fünf Milliarden Euro zusätzliche Gewinne erzielt – auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Nur mit der vollständigen Versteigerung der Zertifikate könnte der Staat den Missbrauch beenden und die Mittel in Klimaschutz, Beschäftigung und in die Kostensenkung der Energiepreise lenken.

²³ AG-Energiebilanzen, 2006

²⁴ UBA, 2006

Warum Deutschland beim Klimaschutz mehr tun muss als andere Staaten

Trotz der bisherigen Erfolge ist Deutschland weiterhin der sechstgrößte Klimasünder der Welt. Der CO₂-Ausstoß pro Kopf beträgt hierzulande rund elf Tonnen im Jahr und wird nur durch wenige Staaten, wie USA, Australien und Kanada, übertroffen. Die Klimagas-Emissionen je Einwohner sind damit mehr als fünfmal so hoch wie in den Entwicklungsländern. Darüber hinaus haben wir eine historische Verantwortung, da in die Luft gebrachtes CO₂ ca. 100 Jahr klimarelevant bleibt. Nur wenige Industrieländer wie Deutschland sind für den massiven CO₂-Anstieg der letzten Jahrzehnte verantwortlich und damit Hauptverursacher des Klimawandels.

Deutschland ist mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 2,2 Billionen Euro die drittgrößte Volkswirtschaft und Industrienation der Erde – und Exportweltmeister. Nach dem Wohlstandsindex der Weltbank ist die Bundesrepublik das fünftreichste Land der Welt. Unser Lebensstandard ist für viele Schwellen- und Entwicklungsländer erstrebenswert. Und wir profitieren von dem Streben anderer Länder nach mehr Wohlstand. Wir liefern Energietechnik jeglicher Art in die Welt und verlagern energie- und klimaintensive Prozesse in Schwellenländer.

Alein die beiden aufstrebenden Nationen China und Indien beherbergen ein Drittel der gesamten Weltbevölkerung. Sie werden sehr genau beobachten, wie wir mit der Energieversorgung zukünftig umgehen. Setzen wir auf Kohle und vernachlässigen den Klimaschutz, werden andere Länder keinen Anlass sehen, besser zu werden. Bauen wir hingegen auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien, werden viele Nationen unserem Beispiel folgen. Die Auswirkungen auf das Klima und auf die Friedenspolitik werden deshalb durch unser Handeln potenziert.

Anfang Juli 2007 wurde die zweite Phase des Emissionshandels beschlossen. Sie bestimmt die Entwicklung der Klimaschutzziele für den Zeitraum von 2008 bis 2012. Wieder hat die Bundesregierung die Kohlekraftwerke großzügig mit kostenlosen Verschmutzungsrechten ausgestattet. Anstatt die Bemessung an der emissionsärmsten Technik, einem Gaskraftwerk, festzumachen, erhalten Steinkohleblöcke doppelt so viele Zertifikate wie eine effiziente Erdgasanlage. Die besonders klimaschädliche Braunkohle bekommt über eine Zusatzregelung noch mehr Verschmutzungsrechte. Damit gibt es wiederum kaum Anreize zum Wechsel auf CO₂-ärmere Brennstoffe. Zudem subventioniert die Bundesregierung gezielt den Bau von Kohlekraftwerken und legt sich für Jahrzehnte auf eine klimaschädliche Energieerzeugung fest. Ein Eingreifen in die verheerenden Kraftwerksplanungen²⁵ der Energiekonzerne lehnt die Regierungskoalition ab.

Bereits jetzt ist absehbar, dass das Minderungsziel von 21 Prozent, zu dem sich die Bundesregierung verpflichtet hat, nur mit größten Anstrengungen erreichbar ist – von den eigentlich notwendigen Reduktionen ganz zu schweigen: Um beim Klimawandel in einem für Mensch und Umwelt erträglichen Rahmen zu bleiben, muss der CO₂-Ausstoß in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent gesenkt werden.²⁶

²⁵ DIE LINKE: Neue Kraftwerke ohne Klimaschutz – Die Planungen der Energiewirtschaft, 2007

²⁶ WBGU, 2006

Keine saubere Kohle in Sicht

Um die Kohleverstromung trotz der enormen Folgen für das globale Klima zu rechtfertigen, wird von Seiten der Energiewirtschaft die Einführung der „Clean-Coal-Technologie“ propagiert. Das bei der Verbrennung von Kohle entstehende CO₂ soll aufgefangen und in unterirdische Lager verpresst werden.

Die „saubere Kohle“ entpuppt sich jedoch als gefährliche Mogelpackung der Energiekonzerne. Es ist äußerst zweifelhaft, ob das Verfahren jemals zur Anwendung kommt. Die Technologie wird großtechnisch nicht vor 2020 zur Verfügung stehen.²⁷ Ein Nachrüsten bei den geplanten und bis dahin gebauten Kohleblöcken auf CO₂-Abscheidung ist technisch kaum machbar und unwirtschaftlich. Zweck des Vorhabens ist es, den Bau neuer herkömmlicher Kohlekraftwerke zu rechtfertigen und die CO₂-Problematik unter den Teppich zu kehren.

Auch aus anderen Gründen ist das Vorhaben nicht tragfähig. Das Abscheiden des Klimagases in den Kraftwerken und das Verklappen in tiefe Erdschichten sind sehr energieaufwändig. Bei Verwirklichung des Prozesses im großtechnischen Stil würde der Bedarf an Kohle als Brennstoff um ein Viertel zunehmen. Der Wirkungsgrad der Kraftwerke fiel auf den Stand der fünfziger Jahre zurück. Das wiederum ließe die Stromkosten für die Endverbraucher um bis zu 100 Prozent steigen.

Ein weitaus größeres Problem ist aber die sichere und dauerhafte Einlagerung des Klimagases. Wie in der Atomtechnik müsste es für tausende von Jahren in nationaler Verantwortung an sichere Orte verfrachtet werden. Dafür gibt es in Deutschland nur begrenzte Lagermöglichkeiten. Infrage kommen tiefe, poröse, Wasser führende Gesteinsschichten und ausgediente Erdgasfelder. Zusammen genommen wären die Lagerstätten aber in wenigen Jahrzehnten gefüllt.²⁸ Es bleibt dann immer noch offen, wie lange das CO₂ in der Erde sicher eingeschlossen bleibt. Treten die riesigen Gasmengen durch geologische Aktivitäten oder technische Störfälle an die Oberfläche, können sie nicht nur die globale Erwärmung antreiben. Da CO₂ schwerer ist als Luft, sammelt es sich zunächst an der Oberfläche und kann Tiere und Menschen ersticken. Das durch ein Erdgasförderfeld ausgelöste Erdbeben der Stärke 4,5 im Oktober 2004 in Norddeutschland hat gezeigt, wie risikoreich der Plan ist.²⁹

Sollte die Bundesregierung Fördermittel in die CO₂-Absorption stecken, stehen für energieeffiziente Techniken und den Ausbau der erneuerbaren Energien weniger Mittel zur Verfügung. Nur dadurch lassen sich aber die Klimagas-Emissionen wirksam und dauerhaft senken.

²⁷ Deutscher Bundestag: öffentliche Anhörung „CO₂-Abtrennung und klimaneutrale Entsorgung“ des Unterausschusses am 3. März 2007

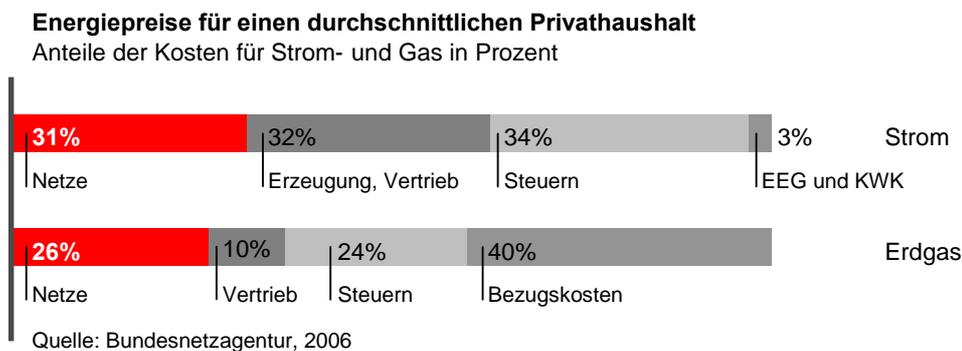
²⁸ Uwe Witt: Beiträge zur Umweltpolitik – Erneuerbare Energien, Schlüssel zukunftsfähiger Energieversorgung, 2005

²⁹ SPIEGEL online: Brisante Daten – Erdgasförderung soll Erdbeben in Deutschland ausgelöst haben, 21.03.2006

Der Preis des Kohlestroms

Nach dem Energiegipfel am 3. April 2006 in Berlin verkündeten die Energiekonzerne Investitionen in Höhe von 30 Milliarden Euro für neue Kraftwerke und den Netzausbau. Der Großteil der Summe soll in Kohlekraftwerke fließen. Sollte die Bundesregierung dem Angebot der Konzernbosse folgen, werden die Energiepreise weiter steigen.

Hauptgrund für die jetzige Preisgestaltung ist die kartellartige Stellung der Energiekonzerne. Die vier größten Unternehmen, Eon, RWE, Vattenfall und EnBW, verfügen über fast 80 Prozent der Kraftwerksleistung. Sie sind gleichzeitig vollständig in Besitz der Hauptübertragungsleitungen für Strom und haben das Monopol auf die Gasnetze. Milliarden-Investitionen in die zentralistische Infrastruktur aus Grundlastkraftwerken wie Braunkohleblöcke und in Höchstspannungsnetze zementieren den Status Quo. So können die Konzerne ihre marktbeherrschende Stellung optimal nutzen und die Energiepreise weiter anheben.



Allein für die Nutzung der Netze kassieren die Energieversorger ordentlich ab. Die Netznutzung macht rund ein Drittel der Stromrechnung eines durchschnittlichen Privathaushalts aus und liegt bis zu 70 Prozent über dem europäischen Durchschnitt.³⁰ Der Braunkohle-Konzern Vattenfall ist ein besonders unverschämtes Beispiel für die Abzocke. Obwohl der Profit sich 2005 gegenüber dem Vorjahr verdoppelte, wurden die Strompreise im Mai 2006 um sechs Prozent erhöht. Das trug zu einem weiteren Gewinnprung von fast 30 Prozent bei. Gleichwohl hebt der schwedische Staatskonzern die Preise auch 2007 um über sieben Prozent an. Den hohen Profit erklärt Vattenfall ganz ungeniert mit höheren Marktpreisen und geringeren Kosten. Man betont, dass die Verbesserungen des Betriebsergebnisses fast ausschließlich im Deutschland-Geschäft begründet sind.³¹

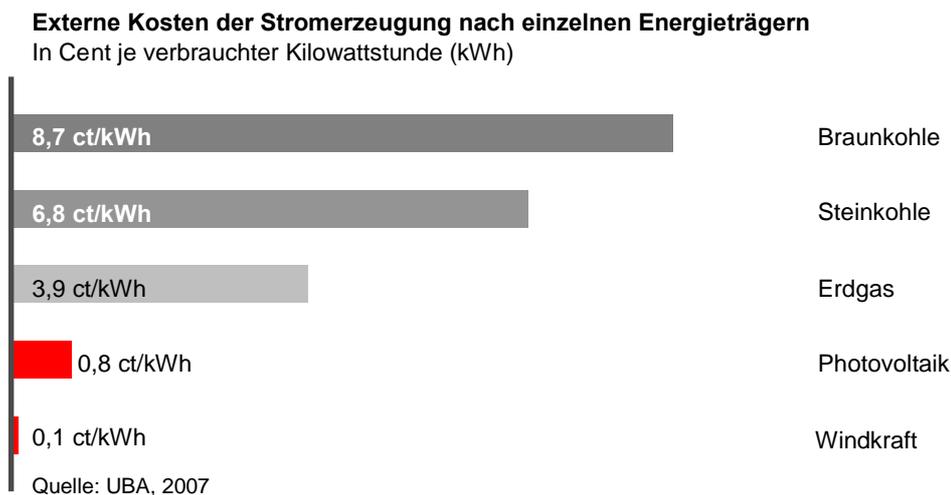
Die Tarifierhöhung in Berlin und Hamburg wurde mit gestiegenen Preisen an der Leipziger Strombörse gerechtfertigt.³² Damit hat der Energiekonzern, der fast ausschließlich Grundlast-Strom aus Braunkohle und Atomkraft erzeugt, belegt, dass Kohle keine billige Energie liefert,

³⁰ BMU 2006

³¹ Die Welt: Deutschland-Geschäft treibt Vattenfall-Gewinn in die Höhe, 25.04.2006

gleichwohl aber hohe Profite. Die Stromkosten an der Börse werden vorwiegend von Spitzenlast-Kraftwerken bestimmt, die kurzfristig einspringen müssen, wenn Braunkohle befeuerte Grundlast-Blöcke nicht mehr ausreichend Strom liefern. Anlagen für Lastspitzen laufen mit teureren Brennstoffen, haben eine geringere Zahl an Betriebsstunden und müssen oft hoch- und runtergeregelt werden – das macht sie teuer und treibt den Strompreis an.

Ein Festhalten an der Kohleverfeuerung verursacht zusätzliche Kosten für die Allgemeinheit. Der Abbau und die Verstromung von Kohle beschleunigen den Klimawandel, erzeugen messbare Gesundheits- und Umweltschäden und schwächen die Sozialsysteme. Diese „externen Effekte“ belasten die deutsche Volkswirtschaft jährlich mit mehreren Milliarden Euro. Das heißt: Obwohl diese Kosten nicht auf der Stromrechnung auftauchen, bezahlt sie jeder der 39 Millionen Privathaushalte in Deutschland über den Fiskus mit. Deshalb wird zunehmend gefordert, diese Belastungen dem Verursacher anzulasten. So würde deutlich, was uns die einzelnen Energieträger wirklich kosten.



Dabei zeigt sich, dass ein wachsender Anteil erneuerbarer Energien die externen Kosten der Stromerzeugung erheblich senkt, da von Solar- und Windstrom deutlich geringere volkswirtschaftliche Schäden ausgehen. Diese vermiedenen Kosten betragen 2006 3,4 Milliarden Euro. Die Mehrkosten für Verbraucherinnen und Verbraucher durch das EEG betragen 3,2 Milliarden Euro oder 0,63 Cent je Kilowattstunde.³³ Volkswirtschaftlich betrachtet, werden die Umlagekosten des EEG also vollständig kompensiert.

Wind- und Solartechnik entwickeln sich weiter und werden mit wachsendem Anteil billiger, während der Preis für Öl und Gas weiter steigt. Noch vor 2020 werden die erneuerbaren Energien deshalb auf dem Preisniveau von Kohle und Co. angelangt sein. Windenergie wird an der Strombörse zum Teil schon jetzt billiger gehandelt als konventioneller Strom. Erneuerbare Energien sind damit der einzige Garant für stabile Strompreise.

³² SPIEGEL online: Teure Energie – Vattenfall erhöht Strompreise, 31.01.2006

Kohleabbau verändert Lebensräume

Die Kohleförderung bringt deutliche Schäden an den Kulturlandschaften mit sich. Menschen müssen ihre angestammte Heimat verlassen. Einzigartige Naturräume werden unwiederbringlich zerstört. Der Wasserhaushalt ganzer Regionen kommt aus dem Takt. Die erfassbaren Kosten, die daraus folgen, trägt zum größten Teil die Allgemeinheit. Der Verlust, den die beiseite geschobenen Menschen empfinden, und der Verlust an Naturvielfalt kann wohl nie ausgeglichen werden.

Braunkohle

Braunkohle ist nur im Tagebau rentabel. Die Größe der Flächen, auf denen die Erde aufgerissen wird, ist enorm. Das Rheinische Revier ist gut 300 Quadratkilometer groß. Fast 40.000 Menschen sind hier entwurzelt worden. Um an die Kohle heranzukommen, muss der Grundwasserspiegel zum Teil um mehrere hundert Meter gesenkt werden. In einem Umkreis von etwa 3.000 Quadratkilometern kommt es dadurch zu schweren ökologischen Schäden. 60 Prozent des wertvollen Grundwassers werden einfach in den Rhein geleitet.³⁴ Trinkwasser wird aufgrund des Abpumpens in der Region zu einem knappen und teuren Gut.

In Ostdeutschland stellt sich die Situation ähnlich dar. Fast tausend Quadratkilometer Kulturlandschaft wurden hier aufgerissen. Allein in der Lausitz wurden für den Braunkohletagebau bisher mehr als 25.000 Menschen aus 81 Orten umgesiedelt. Bei einer dauerhaften Fortführung des Bergbaus würden 54 weitere Siedlungen verschwinden. Der aktive Tagebau – bis zu 100 Meter tief – umfasst 750 Quadratkilometer. Für eine Tonne geförderter Braunkohle müssen bis zu 7.000 Liter kostbares Grundwasser abgepumpt werden. In der gesamten Region herrscht zunehmender Wassermangel. Die Kohle gräbt dem Umland nicht nur das Wasser ab. Ihre Verfeuerung treibt den Klimawandel an, der die Region ebenfalls austrocknet. Akut bedroht ist in der Lausitz eine einmalige Kulturlandschaft auf einer Fläche von 380 Hektar. Die „Lacomaer Teiche“ sind ein Ökosystem, das mindestens 170 bedrohte Tier- und Pflanzenarten beherbergt.³⁵ Das Schutzgebiet soll unwiderruflich zerstört werden, um die Befehung des Kraftwerks Jänschwalde für umgerechnet zwei Jahre zu sichern.

Die Folgen des Braunkohle-Tagebaus treffen die gesamte Region. Die Bergbau-Flächen können nur mit hohem Aufwand wieder nutzbar gemacht werden. Die Grundwasserleiter sind bis in große Tiefen zerstört. Der durchmischte Boden kann Wasser kaum speichern. Künstlich angelegten Seen entziehen der Region zusätzlich große Wassermengen und haben ei-

³³ UBA: Externe Kosten kennen – Umwelt besser schützen, 2007

³⁴ Umweltlexikon online: Braunkohle, 2001

³⁵ Grüne Liga Brandenburg e.V., 2006

nen extrem niedrigen PH-Wert. Auf absehbare Zeit stehen die Flächen deshalb für eine kulturelle, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung kaum zur Verfügung.

Die Anstrengungen, die zum Beispiel in Sachsen-Anhalt unternommen wurden, um die Folgen des dort seit mehr als 100 Jahre praktizierten großflächigen Braunkohletagebaus zu kompensieren, liefern ein anschauliches Bild von den hohen Kosten solcher Vorhaben. Seit 1993 wurden mehr als 1,1 Milliarden Euro aus öffentlichen Mitteln für die Braunkohlesanierung ausgegeben, 253 Millionen davon als Landesmittel.³⁶

DIE LINKE hat die Entwicklung der Braunkohle und die Folgen für den Klimaschutz am Beispiel der Lausitz untersucht.³⁷ Im Ergebnis zeigt sich, dass trotz eines anspruchsvollen Klimaschutzes die Verstromung von Lausitzer Braunkohle noch bis 2050 fortgeführt werden kann. Dabei wäre keine Zerstörung weiterer Dörfer erforderlich, was die Umsiedlung tausender Menschen verhindert. Bis zu 105 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) könnte in einem „moderaten Klimaschutz-Szenario“ eingespart und die Energieumstellung gemeinsam mit den Menschen vor Ort bewältigt werden.

Steinkohle

Noch lange nachdem die Zechen keine Kohle mehr hergeben, macht sich der Bergbau in den Regionen bemerkbar. Die Erde senkt sich ab und reißt auf. Um Überschwemmungen zu vermeiden, müssen teure Deichbauwerke errichtet werden. Zulasten der Gemeindekassen wird dauerhaft Wasser abgepumpt. Im Ort Walsum am Niederrhein beispielsweise müssen jährlich 20 Millionen Kubikmeter Wasser abgepumpt werden, damit die Bewohner keine nassen Füße bekommen. Es kommt zu Bergbau bedingten Erdbeben und Aufbrüchen. Bergbauhalden müssen zum Schutz des Grundwassers aufwändig abgedichtet werden, da giftige Stoffe das Trinkwasser belasten könnten. Hohe Schäden entstehen an Gebäuden, Denkmälern und Verkehrsanlagen, wenn der Untergrund nachgibt. Oft müssen Hausbesitzer in Gerichtsverfahren die ihnen zustehenden Entschädigungen mühsam einklagen.

Mit dem von der RAG vorgesehenen Ausstieg aus der Steinkohle kommen nun Zahlen zu diesen so genannten Ewigkeitskosten auf den Tisch. Jahr für Jahr müssen demnach rund eine Milliarde Euro aufgebracht werden. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) kommt deshalb auch zu dem Schluss, dass die Steinkohlesubventionen letztlich „umweltschädlich“ sind. Sie fordert daher, den Abbau der Beihilfen zu beschleunigen.³⁸

³⁶ Landesregierung Sachsen-Anhalt: Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Braunkohlesanierung, 2006

³⁷ DIE LINKE: Zur Zukunft der Lausitzer Braunkohle, 2007

³⁸ Umweltbundesamt: Hintergrundpapier – Abbau der Steinkohlesubventionen, 2003

Beschäftigung durch neue Energien

In einem überschaubaren Zeitraum von 14 Jahren werden die Energiekonzerne trotz vollmundiger Versprechen mindestens 45.000 Menschen entlassen. Gründe sind die unter der Verantwortung von CDU/CSU und SPD festgezurrte Kohlepolitik, die Profitgier der Konzerne und das Festhalten an einem Kraftwerkspark ausschließlich auf Basis fossiler Brennstoffe. Dem gegenüber stehen enorme Beschäftigungseffekte durch die effizientere Nutzung von Strom, Wärme und Kraftstoffen sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien. Mehr als 300.000 neuen Arbeitsplätzen können hier bis 2020 entstehen.

Das Umweltbundesamt hat ermittelt, dass ein Abbau der Steinkohlesubventionen möglich ist, ohne die Bergbauregionen wirtschaftlich und sozial zu benachteiligen. Die größten Potenziale zur Stärkung der Kohlereviere bieten die erneuerbaren Energien. Die Studie belegt, „dass der Rückgang der Beschäftigten im Steinkohlebergbau mit einer solchen Strategie mehr als wett gemacht werden kann.“ Die Untersuchung zeigt im Übrigen auch, dass es schädlich ist, die eingesparten Subventionen zum Stopfen von Haushaltslöchern zu verwenden. DIE LINKE fordert deshalb eine zielgerechte Nutzung der frei werdenden Mittel.

Ziel 2020

Um soziale Folgen aufzufangen, den Anspruch der Menschen auf eine berufliche Perspektive sicherzustellen und wirksame Schritte für den Klimaschutz einzuleiten, müssen bis 2020 effektive Maßnahmen ergriffen werden:

- ◀ **Bildung für neue Energie.** Umsetzung eines Bildungs- und Umschulungsprogramms für die Beschäftigten der deutschen Kohlewirtschaft. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen in den betroffenen Bereichen bis zu 50 Prozent ihrer Arbeitszeit für neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt nutzen können. Die verbleibende Zeit im Bergbau und in den Kraftwerken kann damit auf doppelt so viele Arbeitskräfte verteilt werden. Das beugt dem Stellenabbau vor sichert die Zahl der bisherigen Beschäftigungsverhältnisse.
- ◀ **Neue Energie für die Region.** Einführung eines Wirtschaftsprogramms im Bereich erneuerbare Energien speziell für Kohlebergbau-Regionen in Höhe von jährlich einer Milliarde Euro. Ziel ist es, vorrangig den Anlagenbau und die industrielle Zulieferung anzukurbeln. Schwerpunkte können die Offshore-Windenergie und die Geothermie sein.
- ◀ **Arbeit stiften.** Überführung des RAG-Konzerns in eine gemeinnützige Bundesstiftung öffentlichen Rechts ohne Börsengang. Zweck ist die Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben in den Bereichen Bergbaufolgen, Soziales, Bildung, Beschäftigung und Klimaschutz.

- ◀ **Bergbau-Wissen fördern.** DIE LINKE spricht sich für einen Sockelbergbau in der Steinkohle aus. Zum Erhalt der weltweit führenden deutschen Bergbau-Technologie und zur Weiterentwicklung des modernen Maschinenbaus im Energiebereich ist dafür eine Fördermenge von fünf bis sieben Millionen Tonnen im Jahr sinnvoll.³⁹
- ◀ **Braunkohle-Perspektive bis 2050.** DIE LINKE spricht sich dafür aus, bislang genehmigte Braunkohle-Tagebaue abzubauen. Damit ist in der Braunkohle ein abnehmender Bergbausockel für über 40 Jahre gewährleistet. Dörfer und Naturschutzgebiete sollen dabei unangetastet bleiben. Neuaufbrüche und zusätzliche Betriebspläne sollen nicht zugelassen werden.
- ◀ **Effiziente Kraftwerke fördern.** Der Neubau von Kraftwerken ist über das Immissionschutzrecht konsequenter zu regeln. Das bedeutet die Einbeziehung von Klimagasen bei der Bewertung der Umweltauswirkungen und die Festlegung von schadstoffarmen Anlagen als Stand der Technik. Das sind zurzeit Erdgaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Koppelung.
- ◀ **Klimaschutz stärken.** Der Emissionshandel muss wirksam ausgestaltet werden. Ab 2012 sollen die Zertifikate für den Handel mit Klimagasen versteigert oder verkauft werden. Die Emissionsobergrenze muss den Klimazielen entsprechend deutlich gesenkt werden. Die Gewinnmitnahmen der Konzerne sind zu besteuern.
- ◀ **Netze in die öffentliche Hand.** Die Strom- und Gasnetze sind den privatwirtschaftlichen Interessen zu entziehen. Die Versorgungsstruktur muss auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien hin umgebaut und dezentral ausgerichtet werden.
- ◀ **Wirksame Instrumente nutzen.** Das EEG ist das weltweit effektivste Instrument zur Förderung erneuerbarer Energien. Für die Einspeisung von Strom ins Netz dürfen die Fördersätze und die Abstufungen nicht zum Nachteil der Entwicklung verändert werden. Für die bessere Nutzung von Wärme aus erneuerbaren Energien und Biogas muss eine Einspeiseregulierung festgeschrieben werden.

³⁹ Laut dem Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus wurden im Jahr 2006 21,4 Millionen Tonnen Steinkohle-Einheiten gefördert. Davon entfielen 15,2 Millionen Tonnen auf Nordrhein Westfalen und 3,6 Millionen Tonnen auf das Saarland. In die Stahlindustrie wurden 3,7 Millionen Tonnen abgesetzt.

Bezogen auf einen langfristigen Ausstieg aus der energetischen Verwendung der Steinkohle bis 2050, verbleibt für Nordrhein Westfalen zur Sicherung der Stahlindustrie ein „Stahl-Sockel“ von 3,7 Millionen Tonnen. Für das Saarland muss bei einem Sockel aus sozialer Sicht das gleiche Niveau gelten, was in etwa der jetzigen Fördermenge des Bergwerks Ens-dorf von 3,6 Millionen Tonnen entspricht.

In der Summe ergibt sich ein Sockel von rund sieben Millionen Tonnen pro Jahr. Soll sich der Sockelbergbau langfristig aus der Technologiesparte selbst tragen, kann langfristig eine Absenkung auf fünf Millionen Tonnen pro Jahr Sinn machen, um die Kosten auf einem Niveau von rund 400 Mio. Euro pro Jahr zu stabilisieren und die Ewigkeitskosten zu minimieren.

- ◀ **500 Millionen Euro für neue Energie.** Verdoppelung der Mittel zur Förderung von erneuerbaren Energien in den Bereichen Forschung, Entwicklung, Pilotvorhaben, Markteinführung auf jährlich 500 Millionen Euro. Ziel ist es, die Beschäftigungseffekte in diesem Sektor zu sichern und auszubauen.
- ◀ **Klare Regeln für mehr Effizienz.** Einführung ordnungsrechtlicher Instrumente zur konsequenten Senkung des Energieverbrauchs. Dazu gehören ein Verbot Energie verschwendender Geräte und Maschinen sowie eine Energieeffizienzpflicht für die Industrie. Privathaushalte müssen einen Anspruch auf Mietminderung bekommen, wenn Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs von Hauseigentümern nicht wirksam umgesetzt werden. Die Automobilindustrie ist zu Verbrauchsobergrenzen für Kfz zu verpflichten.
- ◀ **Nachhaltige Mobilität fördern.** Die Nutzung von nachhaltig erzeugten Biokraftstoffen ist gegenüber den mineralischen Kraftstoffen steuerlich besser zu stellen. Die Steuerbefreiung von Kerosin für den Flugverkehr ist zugunsten des Schienenverkehrs aufzuheben.

Ziel 2050

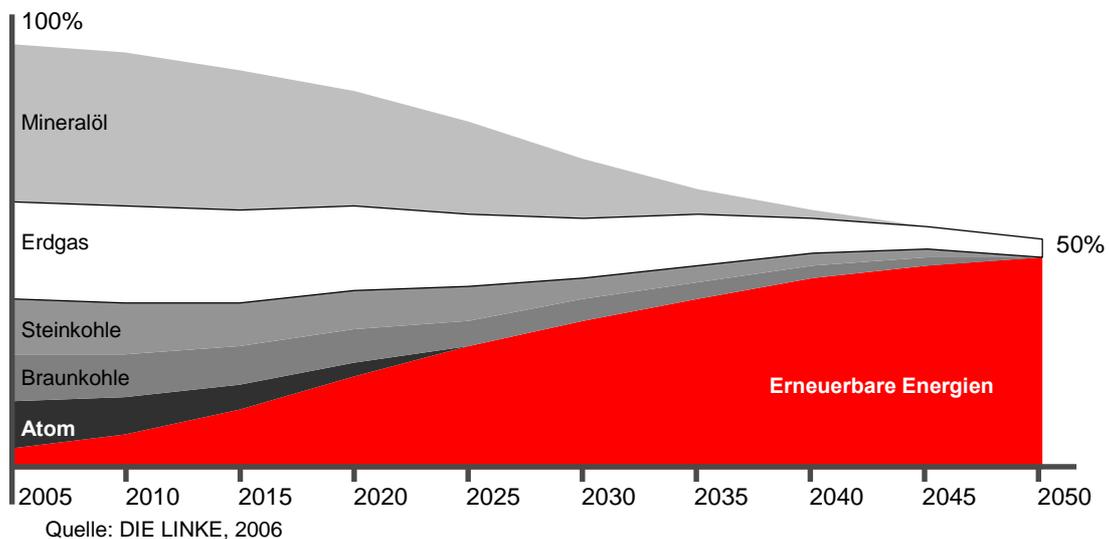
Der Klimawandel macht es nötig, den Ausstoß von Klimagasen in Deutschland und anderen Industriestaaten bis 2050 um mindestens 80 Prozent zu reduzieren. Mit Blick auf die enormen sozialen und ökologischen Folgen des Klimawandels ist ein weitgehender Ausstieg aus der energetischen Nutzung der Kohle unumgänglich. Ein Zeitrahmen von über 40 Jahren gibt aber die Möglichkeit, die fossil-atomare Energiewirtschaft zu überwinden und eine weitgehende Versorgung aus erneuerbaren Energien sicherzustellen. Der Umbau der Energieversorgung birgt enorme Potenziale für Beschäftigung, Wirtschaft und Klimaschutz. Dazu ist es notwendig, einen Umstiegspfad weg von Kohle, Öl und Kernenergie hin zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien festzulegen. Zahlreiche Energie- und Klimaschutzszenarien⁴⁰ zeigen die Eckpunkte eines solchen Weges auf:

- ◀ Am schnellsten muss die Abhängigkeit vom **Mineralöl** verringert werden. Ab 2020 müssen dazu hinreichend Alternativen vorhanden sein, um konsequent aus der „Krisen-Ressource“ Öl auszusteigen. Maßnahmen sind: nachhaltige Verkehrskonzepte, alternative Antriebe und Kraftstoffe für Kraftfahrzeuge sowie die Durchsetzung des Passivhaus-Standards in Gebäudesektor.
- ◀ **Erdgas** wird zunächst eine hohe Bedeutung behalten und auch langfristig nicht wegzudenken sein. Es ist das „sauberste Fossil“. Die bestehende Infrastruktur der Gasnetze lässt eine zunehmende Einspeisung von Biogas zu. Durch steigende Energieeffizienz, zunehmende Biogasbeimischung und Diversifizierung der Lieferanten sinkt der Gasbedarf, und Kostensteigerungen werden ausgeglichen.

⁴⁰ Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, UBA, WBGU, Greenpeace

- ◀ Für **Braun- und Steinkohle** wird ein langfristiger Ausstiegspfad angestrebt. Ab 2012 sollen keine neuen Kohlekraftwerke in Betrieb gehen. Bis 2050 sollen die bestehenden Anlagen nach und nach entsprechend ihrer Emissionswirkung und der Altersstruktur auslaufen. Das ermöglicht den sanften Übergang in die solare Energiewirtschaft und garantiert eine sozial verträgliche Umgestaltung des Energiesektors.
- ◀ Am Ausstieg aus der **Atomenergie** ist festzuhalten. Wo möglich, ist der Weg aus der gefährlichen Strahlentechnik zu beschleunigen. Umgehend ist ein standortunabhängiges Suchverfahren für ein atomares Endlager einzuleiten. Die Bevölkerung ist umfassend an der Entscheidung zu beteiligen.
- ◀ Ziel ist der Ausstieg aus der fossil-atomaren Energiewirtschaft und die weitgehende Vollversorgung durch **erneuerbare Energien**. Durch eine effizientere Verwendung von Energie kann der Verbrauch von Strom, Wärme und Kraftstoffen bis 2050 gegenüber 2005 insgesamt 50 Prozent reduziert werden, ohne die Lebensqualität zu beeinträchtigen. Das Potenzial an Wasser, Wind, Sonne, Biomasse und Erdwärme kann dadurch umfassend zu Deckung des Energiebedarfs genutzt werden.

Entwicklungspfad für eine zukunftsfähige Energieversorgung 2050
bei gleichzeitigem Ausstieg aus der fossil-atomaren Energiewirtschaft



Weitere Informationen:

Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Hans-Kurt Hill, MdB

Energiepolitischer Sprecher

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon 030-22772477

Telefax 030-22776476

hans-kurt.hill@bundestag.de

www.linksfraktion.de/energie

Stand: 6. Juli 2007